Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 19

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

die albanesische Hauptstadt bezieht sich auf die Bestrebungen Rumäniens, mit den Gegenspielern Moskaus einen besseren Kontakt aufzunehmen.

Die Rumänen versuchten in den letzten Wochen, ihren Rückhalt auch in Westeuropa zu verbessern. Sie bemühen sich um die Verbesserung der Beziehungen mit Grossbritannien und Schweden. Die traditionelle rumänisch-französische Freundschaft soll jetzt wieder neu belebt werden. Die Worte de Gaulles anlässlich der Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens vom neuen rumänischen Gesandten in Frankreich am 4. Mai (starke Betonung der traditionellen Freundschaft zwischen Rumänien und Frankreich) sind für diese rumänischen Versuche nicht ungünstig.

Man kann natürlich aus den Meinungsverschiedenheiten Moskau-Bukarest keine voreiligen Schlüsse ziehen. Doch scheint die Sowjetunion Rumänien nicht als absolut treuen Satelliten betrachten zu können. Die Geschichte Rumäniens lässt bis zu einem gewissen Grad den Schluss zu, dass die Rumänen bisher kaum eine 100prozentige Satellitentreue aufzubringen vermochten, wenn ihre nationalen Lebensinteressen es nicht gestatteten. Rumänien war beispielsweise 1956 nicht bereit, seine Armee zur Niederwerfung des ungarischen Volkes zur Verfügung zu stellen. Das Land hat sich auf die Unzuverlässigkeit der Truppen berufen, in der viele Soldaten ungarischer Abstammung Dienst leisten. Ganz schlüssig ist jenes Beispiel freilich nicht, da der Hinweis auf die Unzuverlässigkeit der Truppe keineswegs unbegründet war. Auch gab Bukarest gerade damals Beweise seiner Moskautreue (Internierung Imre Nagys).

Die jetzige rumänische Berufung auf die Ideen der «völligen Gleichberechtigung» und «strengen Einhaltung der nationalen Souveränität» brandmarkt indirekt die Sowjetunion als eine imperialistische Macht, welche die Satelliten bis zum äussersten ausbeutet und die eigene Erklärung von der «Gleichberechtigung der Kommunistischen Parteien von 1960 in Moskau» vollkommen missachtet.

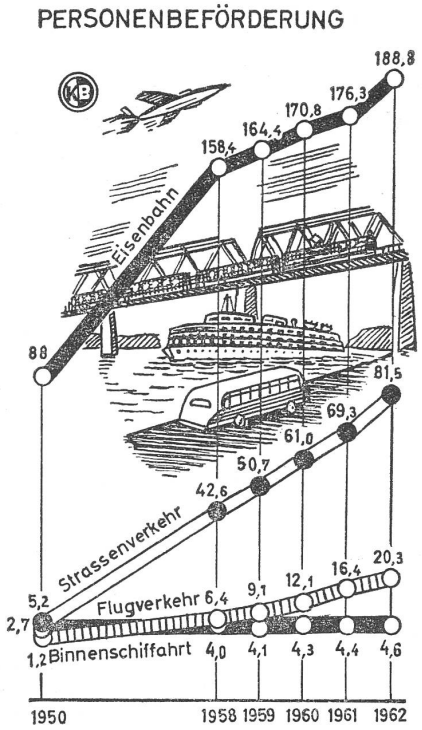
Verkehr

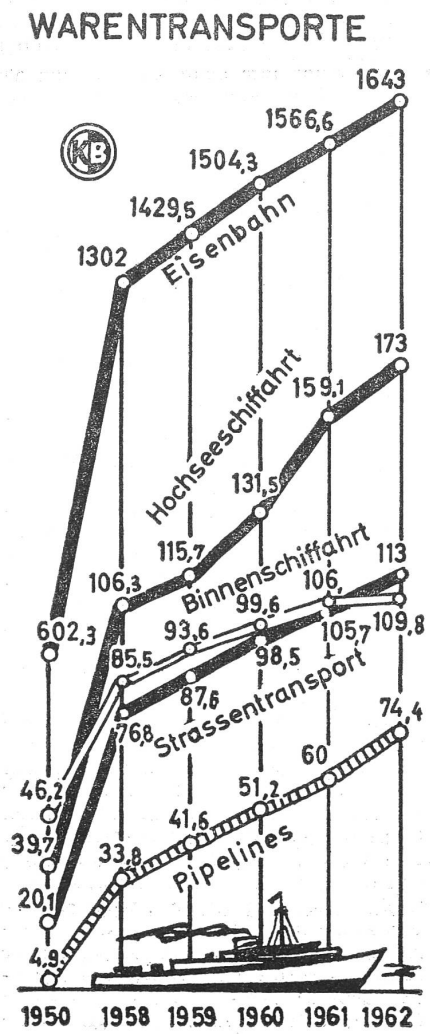
UdSSR

Wo ist die Luftfracht?

Unsere beiden Darstellungen zur Entwicklung des sowjetischen Personen- und Warenverkehrs seit 1950 sind der autoritativen Moskauer Wirtschaftszeitschrift «*Ekonomitscheskaja Gasjeta*» (Nr. 16/1963) entnommen. Die volumenmässige Steigerung ist gewiss beachtlich, namentlich was den Warentransport angeht, wenn er auch in der gleichen Zeitspanne in den meisten westlichen Ländern wohl eine höhere Zuwachsrate zu verzeichnen hatte. In verstärktem Masse gilt das noch für den Personenverkehr.

Was die einzelnen Sektoren anbetrifft, so ist die nach wie vor dominierende Rolle der Eisenbahn deutlich ersichtlich. Ihr Netz wird vor allem in Sibirien immer noch ausgebaut und im europäischen Teil der Union allmählich elektrifiziert. Am rasch gesteigerten Umfang der Hochseetransporte haben namentlich die erhöhten Exporte nach den Entwicklungsländern und dem übrigem Ausland ihren Anteil; in den letzten Jahren hat insbesondere Kuba seine zunehmende Rolle gespielt. Trotz der Eröffnung etlicher künstlicher Wasserverbindungen und der geplanten Schaffung eines eigentlichen Fluss-Kanalsystems zwischen Nord und Süd (vom Eismeer zum Kaspischen und Schwarzen Meer) scheint die Binnenschiffahrt eher in Stagnation begriffen zu sein. Das liegt wohl weniger am verfügbaren Schiffsraum als an den noch nicht ausgebauten Verladeeinrichtungen. Das schlechte Funktionieren des Güterumschlags Eisenbahn-Schiff führte beispielsweise letztes Jahr dazu, dass man auf den Flusstransport von Getreide vollständig verzichtete. Die Rohrleitungen haben ihre Leistung prozentual am meisten gehoben. Nach Beendigung der Comecon-Pipeline, die dank westlicher Rohrlieferungen einigermassen plangerecht voranschreitet, wird nahezu der gesamte wesentlich gesteigerte sowjetische Erdöltransport auf diesem Wege bewältigt werden können.





Auffällig ist bei der Darstellung der Warentransporte das Fehlen jeglicher Angabe über das Luftfrachtvolumen. Es muss demnach so unbeträchtlich sein, dass er keinen eigenen graphischen Vermerk lohnt. Beim Passagierverkehr ist dagegen die Hochseeschiffahrt nicht angeführt, obwohl sie bis zu gewissen Ausmassen auch zwischen sowjetischen Häfen besteht.

Die Zeit- und Warenverluste bei der Frachtbeförderung sind in der Sowjetunion an westlichen Verhältnissen gemessen sehr hoch. Beispielsweise stellte das Komitee für Partei- und Staatskontrolle diesen Frühling den Verlust von 500 000 Tonnen bei den Eisenbahnstationen fest. Anlässlich der letztjährigen Ernte-Einbringung wurde eine Ueberfüllung des Transportplanes gemeldet. Und trotzdem berichtete die «*Ekonomitscheskaja Gasjeta*» von folgenden Zuständen: «Täglich unterbleibt das Abladen von 40 000 Eisenbahngüterwagen. Allein in den Moskauer Güterbahnhöfen sammeln sich jeden Tag rund 1500 Waggons an, von denen 700 mit Kartoffeln, Gemüse und Obst beladen sind... Bei rechtzeitigem Entladen könnte man täglich mindestens eine halbe Million Pud (1 Pud = 16,38 kg) mehr transportieren.»

Bezüglich des Schiffverkehrs: «Die Schiffe werden nicht rechtzeitig auf- und abgeladen. In Wolgograd, Astrachan usw. warten zehn, zwölf oder noch mehr Schleppkähne ständig mehrere Tage hindurch, bis sie abgeladen werden.»

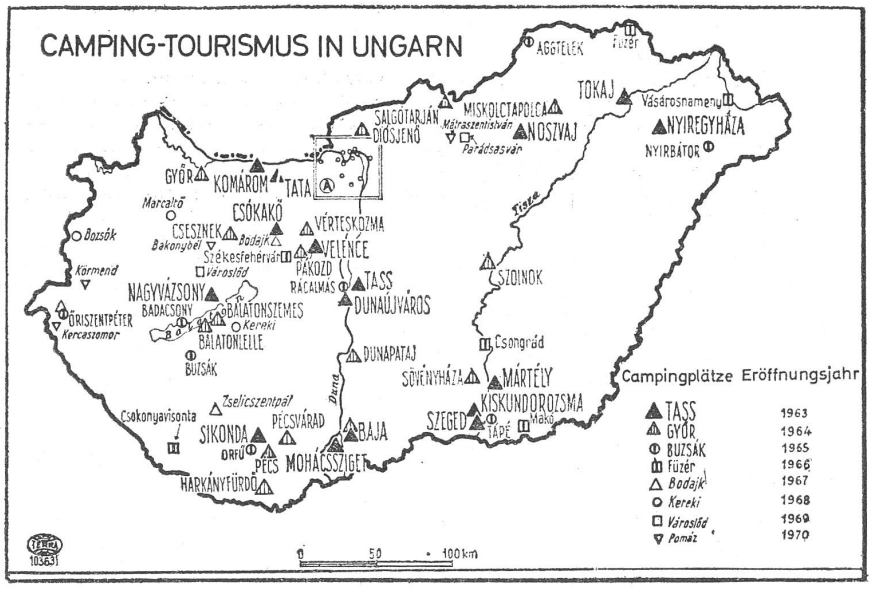
Touristik

Ungarn

Camping streng getrennt

Der nationale und internationale Tourismus soll in Ungarn diese Saison unter anderm durch wesentlich grössere Möglichkeiten des Campings gefördert werden. Aber die Zeltplätze der Einheimischen werden von denjenigen der Ausländer weiterhin streng getrennt.

Wie aus einer Zusammenstellung der «Magyar Ifjusag» (Budapest), der wir auch unsere Karte entnehmen, hervorgeht, bestanden vor Beginn der diesjährigen Saison in Ungarn 37 Campingplätze. Sie dienen bestimmt dem Kontakt mit der Natur, aber schon weniger dem Kontakt zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten (der «klassenlosen Gesellschaft») und schon gar nicht dem Kontakt mit ausländischen Besuchern: «... Unter ihnen gibt es zwei internationale Campingplätze, zehn Campingplätze erster Klasse usw.» Die sorgfältige Abtrennung der Ausländerplätze vom übrigen Lagerbetrieb besteht auch in den übrigen Volksdemokratien. Die Ferienreisenden



sollen Land und Leute nur überwacht kennen lernen.

Ungarn will seine «internationalen» Plätze im Laufe dieses Jahres noch um zwölf weitere vermehren, das heisst also versiebenfachen. Bis 1970 sollen insgesamt 110 Campingplätze für 30 000 Personen zur Verfügung stehen, 61 davon bei Gewässern, 34 in den Bergen, die übrigen 15 in der Tiefebene. Gegenwärtig befindet sich ein Grossteil (24) im Plattenseegebiet.

Im übrigen hat es noch besondere Gründe, wenn die Ferienreisenden dieses Jahr mit Nachdruck auf diese Uebernachtungsart hingewiesen werden: Es fehlt an Hotelbetten. Das staatliche Verkehrsbüro wird dieses Jahr trotz aller Anstrengungen um den Tourismus seinen ausländischen Touristen kaum genügend Zimmer zur Verfügung stellen können. In Budapest allein ist die Kapazität der Hotels von den 3250 Betten des Vorjahres auf 2800 gesunken. Allerdings werden mit Abschluss der pendenten Umbauarbeiten noch weitere 200 dazukommen, aber auch so besteht noch ein Rückgang von 250 Betten.

Dafür wurde gleichzeitig in der Provinzstadt Kecskemet, die als Verwaltungszentrum keine touristischen Sehenswürdigkeiten aufweist, mit einem Kostenaufwand von 40 Millionen Forint ein Luxushotel errichtet. Man rechnet schon für dieses Jahr mit einem Defizit von 2,5 Millionen. Dass die zahlreichen Dienstreisenden in einem so teuren Haus absteigen müssen, wird die Spesenbelastung des Staats ebenfalls erhöhen.

Spionage

UdSSR/Albanien

Ohne Aufsehen erschossen

Die russische Emigrantenzeitung «Possev» berichtet von einigen erst jetzt bekanntgewordenen Einzelheiten zu dem vor etwa einem Jahr in Albanien stattgefundenen Spionageprozess.

Man verurteilte damals eine Gruppe von jugoslawischen Agenten, die nach Albanien eingeschleust wurden. Neben diesen tatsächlich aus Jugoslawien stammenden Agenten seien damals auch eine grosse Anzahl sowjetischer Agenten gefasst worden, die ebenfalls via Jugoslawien nach Albanien kamen, um herauszufinden, was die chinesischen «Brüder» in Albanien eigentlich trieben.

Als die sowjetischen Agenten verhaftet wurden, hätten die albanischen Behörden die Leitung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vor die Wahl gestellt: entweder würden die sowjetischen Agenten als Spione abgeurteilt mit allen blamablen Folgen eines solchen Prozesses gegen kommunistische Spione in einem kommunistischen Land, oder sie würden ohne Gerichtsverhandlung erschossen. Die sowjetischen Parteiführer hätten die zweite Variante gewählt und ihre Leute geopfert, um einen Skandal zu vermeiden. GB

Kultur

SBZ

Vom Wehrmachtsfilm her

In Ostberlin wurde in einer als «Welturaufführung» gross aufgezogenen Veranstaltung am 6. Mai dieses Jahres der DEFA-Dokumentarfilm «Das russische Wunder» erstmals gezeigt. In den Lobeshymnen auf die Schöpfer dieses Films, das Ehepaar Annelie und Andrew Thorndike, wird in den Lebensbeschreibungen immer wieder betont, dass Andrew Thorndike seine Filmarbeit bei der DEFA begonnen habe. Unterschlagen wird von der sowjetzonalen Presse die Tatsache, dass Andrew Thorndike ergiebige Filmerfahrungen schon bei der von den Kommunisten verpönten UFA sammeln konnte.

Thorndike war seit 1931 bei der UFA-Werbefilm-Abteilung tätig, von 1933 bis 1939 sogar als Generalvertreter. Da ihn der Vertrieb und die Anfertigung von Werbefilmen nicht befriedigte, wandte er sich dem Kulturfilm zu. Seine Filmarbeiten fielen so gut aus, seine Einstellung zum NS-Staat war so mustergültig, dass Thorndike von 1941 ab sowohl für das Oberkommando des Heeres als auch für das Oberkommando der Kriegsmarine streng geheime Lehrfilme drehte, die öffentlich nicht vorgeführt werden durften. Für die Marine drehte er u.a. neun Lehrfilme für U-Bootbesatzungen mit einer Gesamtlänge von 15 000 m. Das Oberkommando des Heeres beauftragte ihn mit der Herstellung von vier Lehrfilmen über Artillerie-Munition, für die Thorndike als Drehbuchautor und Regisseur 16 000 Reichsmark kassieren konnte.

Wirtschaft

Sowjetunion

Die Schüler schreiben auf Zeitungspapier

Vor drei Jahren fassten der sowjetische Ministerrat und das ZK der Partei einen Beschluss «Ueber die Massnahmen zur Liquidierung des Rückstandes der Zellulose- und Papierindustrie».

Am 16. April dieses Jahres berichtete «Prawda», dass im Papierkombinat in Solikamsk die Inbetriebsetzung neuer Ausrüstungen nur zu 35 Prozent des Planes erfolgte und dabei ist diese Fabrik einer der grössten Lieferanten von Zeitungspapier. «Beim Bau der Papierfabrik in Perm sind nur die Aussenmauern erstellt worden, obwohl sie gemäss dem geltenden Plan schon im Jahre 1962 die erste Produktion liefern sollte... ungenügende Fortschritte stellt man auch beim Bau des Zellulose- und Papierkombinates in Kamsk fest... in vielen Fabriken werden die Ausrüstungen unwirtschaftlich behandelt. Die Maschinen werden nicht montiert, sie stehen auf den Baustellen und verrosten».

Man findet in der Tagespresse auch Berichte über die praktischen Auswirkungen dieser Missstände in der Papierindustrie. In derselben Nummer der «Prawda», in welcher über den erfolgreichen Abschuss der sowjetischen Weltraumstation «Mond-4» berichtet wird, ist der Artikel «Das Problem des Schulheftes» veröffentlicht worden. Es wird darin geschildert, wie schlecht weite Gebiete des Landes mit Schulmaterial und namentlich mit Heften versorgt sind. In den zwei letzten Jahren hat die Papierindustrie der RSFSR 232 Millionen Schulhefte weniger produziert als im Plan vorgesehen war. In den Leserbriefen an die Redaktion berichten die Schüler, dass sie «auf Zeitungspapier und auf Blättern aus alten Kanzleibüchern ihre Aufgaben schreiben».

Es wäre interessant auszurechnen, wieviel Papier gespart werden könnte, wenn der derzeitige Parteiführer seinen Redefluss reduzieren würde.

Erziehung

Lehrerausbildung

Angesichts des grossen Lehrermangels in den sowjetischen Schulen, wurde 1957 eine Reform der Lehrerausbildung durchgeführt, die darin bestand, dass man die bis dahin übliche 4jährige Ausbildungszeit an den pädagogischen Instituten um ein Jahr verlängerte und den Unterricht dafür so modifizierte, dass die Studenten nicht nur in einem Spezialfach, sondern in mehreren Disziplinen als Hauptfächer unterrichtet werden sollten. Es handelte sich dabei um eine Kombination von 2—3 Fächern, z. B. Literatur und Geschichte, oder russische Sprache und eine Fremdsprache.

Die Erfahrungen, die man nun mit den Absolventen dieser pädagogischen Institute «breiten Profils» machte, waren so schlecht, dass das Unterrichtsministerium vor einigen Wochen beschloss dieses System wieder aufzugeben und zur 4jährigen Ausbildungszeit zurückzukehren.

Die «Lehrerzeitung» schreibt dazu, dass infolge der 1957 durchgeführten Reform die Lehrer statt einer guten Vorbereitung in einem Spezialfach eine zu allgemeine Aus-

bildung in mehreren Fächern bekamen, die sie oft nur mangelhaft beherrschten und bezeichnet das Ergebnis als «Mangel an Qualitätsvorbereitung».

Solches Experimentieren kann unter Umständen nützlich sein, wenn man nur nicht von einem Extrem in das andere fallen würde, was in der Sowjetunion auf allen Gebieten immer wieder vorkommt. Es ist zu erwarten, dass sich jetzt das Bild der 30er Jahre wiederholt, als es gute Physiklehrer gab, die nur fehlerhaft schreiben konnten und gute Sprachlehrer, deren Geschichtskenntnisse äusserst dürftig waren, weil man die Allgemeinbildung zugunsten der Fachausbildung vollkommen vernachlässigte.

Curriculum der Woche

VARGA, Jenö (Jewgenij Samojlowitsch)

Wirtschaftswissenschaftler, Professor, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Mitglied der KP seit 1920.

Geboren 1879 in Ungarn. Tritt 1906 der sozialdemokratischen Partei Ungarns bei. 1918 Professor für Volkswirtschaft in Budapest. 1919 Finanzkommissar. Nach dem Sturz des kommunistischen Regimes flieht er nach Oesterreich und wird interniert. Hier schreibt er sein erstes grösseres Werk — «Probleme der Wirtschaftspolitik unter proletarischer Diktatur.» 1920 schlägt er sich unter grossen Schwierigkeiten nach Moskau durch. Wird in die KP aufgenommen.

Seit 1922 hat er 85 Bücher und Broschüren, ferner mehr als 500 wissenschaftliche Artikel über den modernen Kapitalismus geschrieben. Er trat mit der erstaunlichen, tief antileninistischen These hervor, der Kapitalismus könne der Wirtschaftskrise durch Planung Meister werden. Er folgerte daraus die Unhaltbarkeit von Wosnesenskijs Anschauungen über den bevorstehenden unvermeidlichen Zusammenbruch des Kapitalismus. Im Jahre 1925 wird er des Revisionismus, im Jahre 1947 des Reformismus beschuldigt. Er wird seines Postens enthoben, das von ihm geleitete Institut und dessen Zeitschrift werden auf Befehl Stalins geschlossen. Zwei Jahre später gibt er seine «Fehler» zu, während Wosnesenskij erschossen wird. 1954 erhält er den Leninorden und den Stalinpreis. Ende 1956 wird das von Stalin aufgelöste Institut unter dem Namen «Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen» wieder eröffnet. 1962 gibt er seine ausgewählten Werke heraus: «Moderner Kapitalismus und die Wirtschaftskrisen.» 1963 nochmals Leninorden.

Die OEB empfiehlt

Unter diesem Titel werden wir von Zeit zu Zeit Hinweise auf Bücher veröffentlichen, welche von der Schweizerischen Osteuropa-Bibliothek (OEB) ausgeliehen werden können. In erster Linie sollen allgemein verständliche und allgemein interessierende Werke berücksichtigt werden, die seit ihrer Publikation an Aktualität nichts eingebüsst haben. Der Ausleihdienst der OEB will nicht zuletzt gerade in den Fällen behilflich sein, wo das betreffende Buch im Handel schwer erhältlich oder vergriffen ist. Ausleihgesuche sind an die Schweizerische Osteuropa-Bibliothek, Jubiläumstrasse 41, Bern, zu richten.

Die heutige Rubrik beschäftigt sich mit dem Thema der Spionage.

Cookridge, E. H.: «Zentrale Moskau. Die Macht des sowjetischen Geheimdienstes.» Hannover, 1956, 416 Seiten.

Der englische Autor gewährt in diesem Buch einen Einblick in die Welt des sowjetrussischen Geheimdienstes. Wer wird Sowjetspion, wie geht die Schulung und Ausbildung der Kandidaten vor sich, wie breitet sich das Netz des sowjetrussischen Geheimdienstes um die gesamte Welt? — dies sind die Hauptkapitel des interessanten Buches, in welchem nicht nur durch theorethische, sondern auch durch tatsächlich geschehene Beispiele die Arbeit der kommunitsischen Spionage gezeigt wird.

Das Buch ist ein Standardwerk in seiner Art.

Chochlow, Nikolaj: «Recht auf Gewissen.» Stuttgart, 1959, 450 Seiten.

Der Autor, ein ehemaliger MVD-Offizier, erzählt in seinem Buch, wie er als einfacher Soldat zum sowjetrussischen Geheimdienst einbezogen wurde, wie er sich während des deutsch-russischen Krieges hinter der Frontlinie der Wehrmacht in feindlicher Uniform betätigte, wie er das Attentat auf Hitlers «Generalkommissar von Weissrussland», Kube, vorbereitete und schliesslich, nach dem Krieg, wie er — der die deutsche und englische Sprache akzentfrei beherrschte — gegen die westlichen Demokratien eingesetzt wurde. Umsonst versuchte Chochlow sich vom Geheimdienst loszusagen; seine Vorgesetzten liessen ihn nicht demissionieren. Als er aber den Auftrag zu einem Meuchelmord an einem russischen Emigranten erhielt, musste er sich entscheiden. Er handelte nach seinem Gewissen und zog (wenn dieser Weg ihm auch sehr viel Leid und Schwierigkeiten bedeutete) die einzige richtige Konsequenzen aus diesem Dilemma.

Chochlows Bericht gibt wertvolle Hinweise auf das Denken der jungen russischen Staatsbeamtengeneration und ist in vieler Hinsicht lesenswert.

Orlow, Alexander: «Kreml-Geheimnisse». Würzburg, 1953, 437 Seiten.

Alexander Orlow bekleidete 14 Jahre lang hohe Posten beim sowjetrussischen Geheimdienst, und in dieser Eigenschaft nahm er auch als Berater der Spanischen Republikanischen Regierung am Bürgerkrieg auf der Iberischen Halbinsel teil. Infolge seiner zentralen Stellung in Moskau war er in der Lage, Geheimmaterial über Stalin zu sammeln und dieses aus Sowjetrussland herauszubringen. Orlows Enthüllungen über den einst so mächtigen Autokraten der Sowjetunion, über die interessanten und berüchtigten Figuren seiner Gefolgschaft, die Schilderung einzelner, damals noch sehr umstrittener Vorgänge im «Lande des Sozializmus» (wie z.B. die Ermordung Kirows durch Stalin, Maxim Gorkijs letzte Lebensjahre in Russland) sind heute, 10 Jahre nach der Erscheinung des Buches, immer noch aktuell. Was einst Orlow in seinem New-Yorker Exil niederschrieb, wurde inzwischen von keinem unbedeutenderen Zeugen als N. S. Chruschtschew bestätigt und damit zu einem authentischen Bericht gestempelt.

Diejenigen, die sich mit der Geschichte der Bolschewistischen Partei zwischen 1928 bis 1937 auseinandersetzen, finden in Orlows Bericht auf diesem Gebiet wertvolle Hinweise.

Dialektik der Woche

Die Meistbegünstigung, das heisst die vertragliche Verpflichtung zweier Länder bei einem Handelsabkommen, einander alle Vorteile zu gewähren, die sie gleichzeitig oder später Drittländern einräumen, bietet den Ostblockstaaten ein besonderes Feld dialektischen Vorgehens.

Von den EWG- und EFTA-Ländern verlangt der Ostblock unter Berufung auf den Grundsatz der Meistbegünstigung alle Vorteile, welche die Mitgliedstaaten der betreffenden Gemeinschaften einander gewähren. Die Ablehnung dieser Wünsche wird in der ganzen Ostblockpresse als eine Verkapselung in Blöcke und als Schlag gegen die Freiheit des Welthandels gebrandmarkt. Die Unterzeichnung des französisch-sowjetischen Handelsabkommens hat sich aus diesem Grunde um nahezu ein Jahr verzögert. Nicht zuletzt wird die Propaganda gegen die «Handelsmonopole» des Westens und seinen «Wirtschaftsimperialismus» aus diesem Gesichtspunkt heraus namentlich in den Entwicklungsländern intensiv betrieben.

Umso interessanter ist nun etwa das Handelsabkommen der SBZ mit der VAR für die Jahre 1963 bis 1965. Hier wird in Artikel 4 festgehalten, dass die Meistbegünstigung keine Anwendung finde auf

a) Vorteile und Erleichterungen, die von der Vereinigten Arabischen Republik einem der arabischen Länder und Ländern, die dem Casablanca-Pakt angehören, gewährt oder zukünftig gewähren werden;

b) Vorteile und Erleichterungen, die von der Deutschen Demokratischen Republik den Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und der Volksrepublik China, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Demokratischen Republik Vietnam gewährt oder zukünftig gewährt werden.

Die Sowjetzone hat also von der Meistbegünstigung alle jene Vorteile und Erleichterungen ausgeschlossen, die sich aus den Verbindungen ihrer Mitgliedschaft im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ergeben, oder die sie den übrigen Ostblockstaaten gewährt. Und damit genau das getan, was sie unter stärkstem Propaganda-Aufwand dem Westen vorwirft.

Landwirtschaft

Bulgarien

«Nur der Privatsektor interessiert»

Der bulgarische Staat unterstützt den privaten Vieheinkauf von Kolchosbauern mit der offenherzigen Begründung, dass sein Interesse an der Viehhaltung nur dadurch gehoben werden könne. Im Auf- und Ab des Kampfes um die Beibehaltung der Nebenwirtschaft (vom Kollektivbauern privat bearbeitete «Hofstelle») ist diese Massnahme und ihre offizielle Rechtfertigung einer der aufschlussreichsten Schritte kommunistischer Landwirtschaftspolitik in der letzten Zeit.

Nach einer Erklärung der Bulgarischen Nationalbank — veröffentlicht in der Agrarzeitung «Zemedelsko Zname» — können, zur Anschaffung von Nutztieren alle LPG-Bauern Kredite bis zu 400 Leva erhalten, soweit sie in der Lage sind jene mit Futtermittel zu versorgen. Dabei dürfen die im Musterstatut der LPGs festgesetzten Beschränkungen über die maximale Zahl der Nutztiere in den Hofstellen nicht überschritten werden. Die Laufzeit der Kredite beträgt beim Ankauf von Rindern und Büffeln *acht*, bei Zuchtschweinen, Schafen und Ziegen *fünf* Jahre. Die Rückzahlung erfolgt in Monatsraten, die von den Kollektiv-Einkünften abgezogen werden.

Eine sehr interessante Verfügung ist jene Bedingung, dass die Nationalbank nur einen Teil des Kaufpreises kreditiert, damit der LPG-Bauer *«interessiert» sein soll, die Tiere auch gut zu behandeln»*. Aus diesem Grund müssen die Bauern bei Rindern oder Büffeln für die 20 Prozent, bei Zuchtschweinen, Schafen und Ziegen für die 50 Prozent des Kaufpreises selber aufkommen.

Diese Zeichnung («Ludas Matyi», 4. April) könnte den Unterschied zwischen privater Hofstelle und Kollektivgut veranschaulichen. Zwei Bauern unterhalten sich über den Zustand der Felder nach der Schneeschmelze. «Bei uns kommt schon der Weizen hervor», sagt der eine. «Und bei uns der Mais!» (der von der letztjährigen Ernte übriggeblieben ist), bemerkt der andere. Allerdings ist der Witz nicht so gemeint, denn auf der kleinen Nebenwirtschaft wird kein Weizen angepflanzt, sondern Gemüse und Früchte für den Eigengebrauch, ferner etwas Futterpflanzen.

Afrika und Kommunismus

Noch im akademischen Jahr 1956 studierten nur etwa 46 Afrikaner, Asiaten und Lateinamerikaner im Ostblock. Heute wird ihre Zahl auf 14 000 bis 20 000 geschätzt, und es gibt keinen Grund zur Annahme, dass die Kommunisten in ihren Anstrengungen nachlassen, weitere Studenten aus den Entwicklungsländern in den Ostblock zu locken. Die Lumumba-Universität in Moskau ist das prominenteste Beispiel und Symbol dieses ungewöhnlichen Ausbildungsprogramms. Sie ist fast ausschliesslich für Studenten aus Afrika, Asien und Lateinamerika reserviert ... Studenten aus den Entwicklungsländern gibt es auch an der Moskauer Universität, in Kiew und Leningrad. Auch anderswo im Ostblock erfahren solche Studenten eine Hochschulausbildung, so im bulgarischen Sofia, in Prag und Brünn (Tschechoslowakei) und in Leipzig und Bernau (deutsche Sowjetzone).

Rekrutierung und Auswahlprozedur lassen die besondere Sorgfalt erkennen, die die Kommunisten anwenden, um solche Studenten zu rekrutieren, von denen sie annehmen oder erhoffen, dass sie anfällig für die kommunistische Agitation sind ... Drei afrikanische Studenten aus Togo und Uganda haben im Herbst 1960 im Namen der Exekutivkomitees der Afrikanischen Studentenunion in Moskau einen offenen Brief publiziert, der auch durch die Weltpresse ging. Obwohl sie selbst den Kommunismus und die kommunistische Politik ablehnten, mussten sie zugeben, dass es den Kommunisten in einigen Fällen gelungen ist, afrikanische Studenten mit Erfolg zu indoktrinieren. Vielleicht trägt die publizistische Aufmerksamkeit, die den Fällen einer offenen Abkehr vom Kommunismus zuteil wird, ihren Teil dazu bei, dass man allgemein die Tatsache unterschätzt, dass nicht nur die Mehrzahl der Auslandsstudenten im Ostblock verbleibt, sondern auch immer mehr Stipendiaten aus den Entwicklungsländern die günstige Fortbildungschance wahrnehmen.

Anlässlich der Ausweisung eines togolesischen Studenten, Michael Ayih, aus Moskau schrieb «La Presse du Cameroun»: «Die sogenannte selbstlose Freundschaft der Sowjetunion ist der grösste Betrug unserer Tage.» Dieses Urteil, das sich ebenso auf andere kommunistische Staaten anwenden liesse, repräsentiert natürlich nicht die Meinung aller afrikanischen Zeitungen oder Bevölkerungskreise. Doch nach den Protesten afrikanischer Studenten innerhalb und ausserhalb des Ostblocks und mancher Regierungen zu urteilen, beginnen die Afrikaner, doch die wahre Natur der kommunistischen Politik zu begreifen. Je mehr Afrikaner den Kommunisten in ihrem heimatlichen Alltag kennenlernen, desto mehr werden die wahren Absichten aufgedeckt, die hinter den verlockenden Stipendienangeboten stecken.

Rassische Diskrimination ist einer der hervorstehendsten Gründe für die Enttäuschung der Afrikaner über das Leben hinter dem Eisernen Vorhang. Das wird aus allen Ländern des kommunistischen Blocks berichtet, in denen Afrikaner studieren. Die Haltung der Durchschnittsbürger — gestuft von offenen Vorurteilen bis zur Vorurteilslosigkeit — ähnelt der Situation in solchen nichtkommunistischen Ländern, in denen es überhaupt eine rassische Diskriminierung gibt. Doch gibt es in den kommunistischen Staaten noch tiefer sitzende Gründe für das Vorurteil gegenüber Farbigen. Sie sind entstanden und werden verstärkt durch die kommunistischen Anschauungen über den Afrikaner. Im Vergleich dazu ist das Klischee, das Hollywood von dem Afrikaner entwirft, als modern und fortschrittlich zu bezeichnen.

Die Studenten berichten, dass die Kommunisten den Afrikaner mit Attributen wie minderwertig, primitiv und arm beschreiben, nicht einmal mit dem entschuldigenden Hintergedanken, ihn vielleicht als «edlen Wilden» betrachten zu wollen. Ueber den Fortschritt oder eine intellektuelle Schicht in Afrika wird kaum jemals etwas erwähnt.

Eine solche vorurteilsvolle Anschauung demonstriert der führende sowjetische Afrikanist, Professor Potechin, in seinem Buch über Ghana (das er nach einem zweiwöchigen Aufenthalt in diesem Lande zu Papier brachte.) Afrikanische Studenten aus London sollen mit der Absicht nach Moskau gereist sein, gegen dieses Buch zu protestieren. Weder Potechin noch die Sowjetregierung haben diesem Aufbegehren irgendwelche Beachtung geschenkt. Eine solche Anschauung über den afrikanischen Menschen kann kaum dazu beitragen, die Anerkennung als gleichwertiges

Fortsetzung auf Seite 8

Ferienplätze für Berliner Kinder gesucht

Die schönen Erfolge der in den beiden letzten Jahren gemeinsam durchgeführten «Berliner-Kinder-Aktion» des LFSA und des Schweizerischen Ostinstitutes in Bern, mit denen für mehr als 750 Westberliner und Flüchtlingskinder Ferienplätze in der Schweiz vermittelt werden konnten, ermutigen den Initianten gemeinsam mit den Berliner Behörden, nochmals für zwei- bis dreihundert Westberliner und Flüchtlingskinder bei Schweizer Familien Freiplätze zu suchen. Noch leben Tausende von Kindern in der zweigeteilten und von Stacheldraht und Minenfeldern umgebenen Stadt, die Berlin noch nie verlassen konnten und vor allem aus seelischen Gründen dringend der «Luftveränderung» und der Erholung bedürfen.

Die gesunden, fünf- bis dreizehnjährigen Westberliner und Flüchtlingskinder möchten für sechs Wochen in einer netten Schweizer Familie ihren Urlaub verbringen. Wer eines der Kinder aufnehmen kann, bewahrt dieses vom psychologisch gefährlichen «Inselkoller» und wird mit dem kleinen Gast sicher viel Freude erleben.

Die Buben und Mädchen, die gegen die Folgen von Krankheit und Unfall versichert sind, kommen am Samstag, den 29. Juni 1963, in Basel an und können ab Sammelplätzen, die den Gasteltern noch bekanntgegeben werden, abgeholt werden. Die Fahrkosten bis zu diesen Zentren und zurück sind gedeckt, die Kosten für Unterkunft und Verpflegung gehen zu Lasten der Gasteltern.

Anmeldungen von Ferienplätzen (bitte in Blockschrift auf Postkarte) sind sofort, spätestens aber bis am 15. Mai 1963 einzusenden an: Berliner-Kinder-Aktion des LFSA, Neuengasse 39, Bern.

Wer ein Berliner Kind aufnimmt, schenkt diesem nicht nur viel Freude und die notwendige Erholung, sondern bekundet damit auch seine Sympathie für das schwergeprüfte Berlin.

Von Familien, die aus irgendeinem Grunde kein Berliner Kind aufnehmen können, aber die Aktion trotzdem unterstützen möchten, werden Barspenden auf das Konto: Berliner-Kinder-Aktion LFSA Bern, III 8058, im voraus herzlich verdankt.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

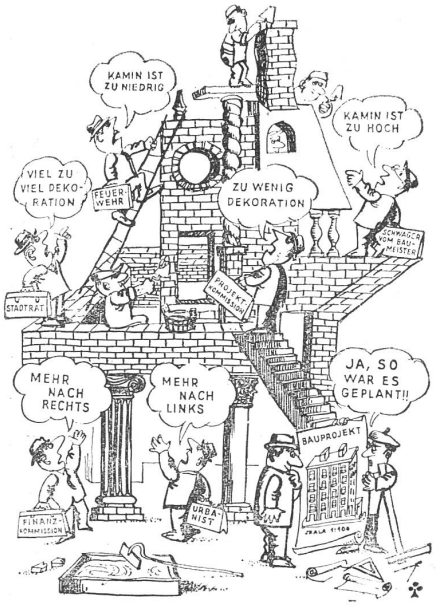
DER KLARE BLICK

Bern, 15. Mai 1963

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Kommissionitis

Dem staatlichen Wohnbau im Ostblock, dem schon Karikaturen in den beiden letzten KB-Nummern gewidmet waren, lassen sich stets neue Aspekte abgewinnen. Die Zeichnung aus Polen, wo die Mühsal des Häuserbaus wie in der Sowjetunion, Ungarn und Bulgarien häufiges Thema der Kritik ist, beschäftigt sich mit einem besonders typischen Thema. Die Unzahl der mehr oder weniger zuständigen Stellen, die zum Bau etwas zu sagen haben, hat häufig genug einen entsprechenden Wirrwarr in der Ausführung zur Folge, weil sich die Kompetenzen auf alle möglichen Arten überschneiden. Die Zahl der mitbeteiligten Aemter, Kommissionen und Beauftragten kann für gewisse Fälle in unserer Zeichnung sogar noch untertrieben sein. Bei einem Wohnblock für Betriebsangehörige wären zum Beispiel noch Unternehmen und Gewerkschaft mitspracheberechtigt, was die Arbeit der an sich zuständigen lokalen Wohnbauabteilung weiter hemmen und erschweren würde. Die Kosten für die umständlichen bürokratischen Schreibereien haben in letzter Instanz die Bürger zu bezahlen. Dies nicht so sehr in Form der Mietzinse, die in den meisten Ostblockstaaten relativ niedrig sind (im Vergleich zu andern Kosten der Lebenshaltung, aber nicht zum Vergleich zum Lohn), als vielmehr durch die allgemeine Unterhaltungspflicht der ganzen staatlich-gesellschaftlichen Apparatur mit ihren vielen Abteilungen. Haben die vielen hemmenden und kostspieligen Instanzen wenigstens den Vorteil, dass die Wünsche der Hausbewohner besser berücksichtigt werden? Kaum. Ueber sie wird nur von all den verschiedenen Stellen disponiert. Sie können ihre Stimme höchstens mittelbar geltend machen, in den Versammlungen vielleicht, denen zum Teil die Kommissionen usw. wenigstens theoretisch Rechenschaft schuldig sind (praktisch den übergeordneten Verwaltungsstellen). Die Mieter müssen ohnehin froh sein, wenn sie von der Wohnwirtschaftsbehörde Wohnungen zugewiesen erhalten und nicht beispielsweise samt Familie mit einem Zimmer einer noch anderweitig vergebenen Wohnung vorlieb nehmen müssen. Ueber die Frage, ob geschiedenen Eheleuten weiterhin eine gemeinsame Wohnung zugemutet werden könne, ist immerhin sowohl in Warschau als auch in Moskau eine ernsthafte Pressediskussion geführt worden.



Turm zu Babel («Szpilki», Warschau)

«Gesellschaftskontrolle»

heisst die lakonische Legende zu dieser hübschen Zeichnung aus «Jesch» (Belgrad). Unter diesem Begriff versteht man im kommunistischen Staat die Aufgabe der Bürger für ihre eigenen Belange kollektiv verantwortlich zu sein, einander bei der Pflichterfüllung der Allgemeinheit gegenüber behilflich zu sein, unter gegenseitiger Anspornung den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft voranzutreiben. Im weniger geschwollenen Alltagsgebrauch meint das Wort einfach die Pflicht eines jeden, seinen Nächsten zu bespitzeln.

In der Parteiterminologie bedeutet die «Gesellschaftskontrolle» überdies einen allgemeinen Zustand der Zukunft. In der kommenden Zeit des Volkskommunismus würde sie nämlich jeden staatlichen Zwangsapparat, in erster Linie die Polizei, überflüssig machen: Die Gesellschaft regiert sich dann selbst. Die Entwicklung tendiert denn auch, namentlich in der fortgeschrittenen Sowjetunion, auf eine starke Vermehrung der Gesellschaftsfunktionäre, welche die früheren Befugnisse der Staatsfunktionäre unter anderem Namen weiter innehaben und dazu noch alle Einmischungskompetenzen, die sich aus ihrer bloss gesellschaftlichen Anteilnahmepflicht ergeben.

Propaganda

UdSSR/China

Luftpostwerbung um Japan

Für den gleichen Preis wie bisher erhalten die japanischen Abonnenten des Zentralorgans der Kommunistischen Partei Chinas die Pekinger «Volkszeitung» jetzt per Luftpost zugesandt. Bisher dauerte es zwanzig bis dreissig Tage, ehe die Zeitungen von Peking mit der Bahn nach Hongkong und von dort per Schiff nach Japan gelangten. Nachdem aber die Moskauer *«PRAWDA»* vor kurzem dazu übergegangen ist, ihren Beziehern in Japan die Zeitung per Luftpost zuzustellen, entschloss sich die Pekinger Parteileitung zu dem gleichen Schritt, um in der ideologischen Auseinandersetzung mit Moskau nicht ins Hintertreffen zu geraten. Höchstens fünf Tage nach dem Erscheinen — und etwa zur gleichen Zeit mit dem Eintreffen der *«PRAWDA»* — können sich jetzt die japanischen Leser der Pekinger «Volkszeitung» auch über den rotchinesischen Standpunkt in allen Streitfragen innerhalb des kommunistischen Lagers unterrichten. Das lässt sich Rotchina eine Kleinigkeit kosten, denn es liefert die Zeitung zum Preise von 4100 Yen jährlich. Japanische Zeitungen, die sich bisher die «Volkszeitung» per Luftpost zuschicken liessen, zahlten dagegen 40 000 Yen (rund 460 Franken) im Jahr.

Fortsetzung von Seite 7

Wesen, den Respekt vor seiner Menschenwürde, die Achtung der kommunistischen Untertanen vor dem Andersfarbigen zu fördern.

Ueberdies tragen die Russen insbesondere ein «Herrenrassen»-Benehmen zur Schau. Das ist, mindestens zum Teil, eine Folgeerscheinung der ersten wissenschaftlichen und technologischen Durchbrüche Russlands nach dem Sputnik, die zunehmendes Selbstbewusstsein und Arroganz wachriefen. Zielscheibe dieser Ueberheblichkeitsgefühle der Kommunisten wurden die ausländischen Studenten, insbesondere die Afrikaner.

Man kann nur hoffen, dass die Afrikaner die Kommunisten auch in Zukunft mehr und mehr so sehen, wie sie wirklich sind. Bis jetzt haben antiwestliche Ressentiments in Afrika (wie auch in Asien und Lateinamerika) dazu beigetragen, die Kommunisten als Vorkämpfer der afrikanischen Sehnsucht zu betrachten. Die Erfahrungen mit dem Kolonialismus und der rassischen Zurücksetzung durch westliche Länder erschwerten es den Afrikanern, die kommunistische Propaganda zu durchschauen. Vielleicht ist aber jetzt die Zeit da, wo sie Kommunisten und Kommunismus mehr und mehr in der rechten Perspektive erkennen.

Mitteilung

Vom Jahrgang 1962 des «Klaren Blicks» ist ein vollständiges Register erstellt worden, welches in vervielfältigter Form im Laufe des Juni bezogen werden kann. Die Stichworte sind in rund 1500 Angaben alphabetisch und nach Sachgebieten geordnet, dazu kommt noch ein besonderes Personenverzeichnis. Der Bezugspreis beträgt Fr. 5.—. Interessenten können ihre Bestellungen an das Schweizerische Ost-Institut, Postfach 1178, Bern-Transit, senden.

Der Schnappschuss

Gegenwärtig entstehen in der Sowjetzone etwa 70 neue Werke «sozialistischer Dramatik», wie aus Informationen der Gewerkschaft Kunst im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) hervorgeht. Auch sind 12 musikalische Werke oder Ballette und zehn neue Operetten im Werden. Die Uraufführungen sind Bestandteil der «Perspektivpläne» der Sowjetzonen-Theater bis 1970.